

Erscheint mit Genehmigung der britischen, militärischen Behörde.

# Der Gemeindearbeiter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Betrieben  
Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands  
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis. Durch die Post bezogen vierteljährl. 1.50 Mk.  
Fernsprecher N 8538. Redaktionsschluss Montags Mittags vor Erscheinen d. Blattes.  
Anzeigenpreis für die viergespaltene Beilage 20 Bsg. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Bsg.

No 7 K 61 b, den 5. April 1919. VII. Jahrgang.

## Das Gebot der Straße!

Seit nahezu 4 1/2 Jahre hören wir nun, daß Deutschland nur seine Existenz kämpfen muß. Und es scheint, als wenn jetzt, nachdem der blutige Kampf eingestellt ist, der Kampf um die wirtschaftliche Existenz noch härter geworden ist, wie je zuvor.

Die deutsche Landwirtschaft ist am Ende der Leistungsfähigkeit angelangt. Mangel an Arbeitskräften, Spannbilch und Dünger hat uns in der Ausnutzung des Bodens kaum weiter lassen. Fürsorgliche Pflege allein kann erst allmählich den Ertrag auf die alte Höhe bringen.

Die Förderung der Kohlen, dieses Brot der Industrie und des Gewerbes, betrug im Dezember 1918 ungefähr ein Drittel weniger wie im Juni 1918. Die Roheisenerzeugung ging um ca. 60 Prozent zurück. Unsere Verkehrseinrichtungen, Eisenbahnen und Handelsflotte sind derart abgenutzt und veraltet, daß es der allergrößten Anstrengungen bedarf, um sie auch nur halbwegs soweit in Stand zu setzen, den gestellten Anforderungen zu genügen.

Dabei leiden wir weiter unter einer erschreckenden Wohnungsnot und dem Mangel an Lebensmitteln. Bei unseren gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen ist aber gar nicht daran zu denken, daß wir in absehbarer Zeit eine Bautätigkeit in nennenswertem Umfang aufnehmen können. Zum Bau gehören Bauholz und Bausteine. Zur Herstellung der letzteren gehören Kohlen, Kalk und noch mehr Kohlen. Zur Förderung und Beförderung von Kohlen gehören die Beschaffung von Maschinen, Geräten und vor allen Dingen von Transportmaterial. In allem aber gehört Arbeit, Arbeit und wieder Arbeit. Solange weite Kreise der Arbeiterkraft unwillig oder durch die fortgesetzten Putzsch und Verordnungen der Spartakisten behindert sind, die Arbeit auf dem Gebiete unseres Wirtschaftslebens in vollem Umfang und mit geschickten Kräften wieder aufnehmen solange es an einer Wiederaufnahme der Bautätigkeit nicht zu denken.

Arbeit allein kann uns auch nur vor der Hungersnot retten. Der deutsche Boden ist bekanntlich durch den durch den Krieg hervorgerufenen Mangel an Natur- und Kunstdünger, an Arbeits- und Wasserkraften zum Teil sehr mangelhaft ausgebaut. Dazu stellt die durch die Aufstellung bedingte völlig veränderte Fruchtfolge vermehrte Anforderungen an die Fruchtbarkeit des Bodens. Der Boden aber kann nur durch eine durch intensive Beschäftigung und reichliche Düngung von Stickstoff und Kalium zu erhalten. Auch hierzu ist nur die Arbeit in den Gärten, auf den Feldern und in den Kolonien, Maststätten und Süßwasserseen zur

Erlangung von Phosphatdüngern, Arbeit in den Maschinen- und Gerätefabriken zur Erlangung des Materials zur vertieften Bodenbearbeitung, und vor allen Dingen wieder intensivste Arbeit in den Bergwerken und Eisenbahnwerkstätten, denn auf eine Kohlen- und Transportmittelfrage laufen schließlich alle wirtschaftlichen Fragen hinaus.

Unsere ganze Ernährungswirtschaft ist durch die immer weiter um sich greifende Stilllegung der Arbeit bedroht. Wir müssen uns doch endlich darüber klar werden, daß die wohlwollende Erwägung, uns Lebensmittel zu liefern, in welche die Entente sich seit Wochen ergeht, die Lebensmittel nicht beilegen wird. Alle Lieferungen werden letzten Endes nicht viel mehr wie ein Tropfen auf den heißen Stein sein. Was uns helfen und retten kann, ist nur Selbsthilfe, und Selbsthilfe kann in diesem Falle nur Arbeit sein. Wiederbelebung der Arbeit auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens, vornehmlich im Kohlenbergbau, in der Eisenindustrie, den Feinverhüttstätten und der Landwirtschaft wird allein in der Lage sein, uns ausreichende Ernährungsmöglichkeiten zu schaffen.

Voraussetzung für die Wiederbelebung der Arbeit ist vor allem Schutz der Hunderttausende arbeitsfreudiger Arbeiter gegen den Terror und Völkermord der Kommunisten und Spartakisten und gegen die Streikheher, die immer von neuem zu politischen Streiks aufrufen und damit das ganze Wirtschaftsleben untergraben. Des Sozialdemokratie geht es, wie dem Bauerlehrling, die Geister, die sie rief, wird sie nicht mehr los. Ob aus ihr der Bauerer entstehen wird, der die Geister zu bannen vermag, ist sehr fraglich. Besser ist es für die Wiederbelebung aller Arbeit erforderlich, daß klare Bahn geschaffen wird in der Frage der Sozialisierung. Solange jeder K. und S. Mat an jedem beliebigen Orte auf eigene Faust sozialisieren kann und solange das Tamokloschwert dieser Unsicherheit und Ungewißheit über den Unternehmern schwebt, können wir eine Belebung und eine Gesundung unseres Wirtschaftslebens nicht eintreten. Man schaffe Ordnung und Sicherheit in die Staatsbüreau, die arbeiten wollen, dann gebe man Arbeit über die künftigen Sozialisierungsabsichten. Dann wird es keines Antones und keines Aufentes zur Arbeit mehr bedürfen.

„Grosses Werk!“ Die Entente wird uns erbermungslos verurteilen lassen wenn wir ihr die uns in Unschuld gestellten Lebensmitteln nicht entbehrnde Lebensmittel an industriellen Erzeugnissen liefern können, und unsere Landwirtschaft nicht so managen kann, daß sie nicht die intensivste Arbeit der arbeitenden Produktionskräfte zur Verfügung gestellt werden können. Denn in ist Streik und Latenzlosigkeit der Arbeit allein bringt Brot.



## Die tieferen Ursachen der Straßenbahnerstreiks.

Wer die Geschichte des Straßenbahnerberufes vor dem Kriege verfolgt hat, dem wird es aufgefallen sein, daß in diesem Berufe gegenüber den anderen, wie Bergarbeiter, Bau- oder Metallarbeiter, verhältnismäßig sehr wenig von Streiks und Bewegungen zu lesen war.

Dies für das Volkssanze mühsame Erbeimung hatte nicht etwa seinen Grund darin, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Straßen- und Kleinbahnbetrieben so zufriedenstellend waren, daß sie den in diesen Betrieben Beschäftigten keinen Grund zu Klagen Anlaß gegeben hätten, sondern waren mehr oder weniger begründet in der Beschränkung der Freizügigkeit dieser Leute. Daß genügend Klagen über schlechte Entlohnung, lange Arbeitszeit, unwürdige Behandlung usw. vorhanden waren, darüber können die in Frage kommenden Organisationen Bände voll Beweisen liefern.

Die Unternehmer der Straßenbahnbetriebe, seien sie nun Privatgesellschaften oder auch zum Teil Stadtverwaltungen, hatten es bisher verstanden, geföhrt auf die unvollkommene Gesetzgebung, ihre Angestellten von dem Gebrauch des freien, unbeschränkten Koalitionsrechtes abzuhalten. Sie haben vielfach den Straßenbahnern das Recht der Koalition bestritten und stützten sich hierbei auf die alte preussische Gewerbeordnung.

Dort heißt es im § 182: „Gehilfen, Gesellen oder Lehrlinge, welche entweder die Gewerbetreibenden selbst oder die Obrigkeit zu gewissen Angelegenheiten dadurch zu bestimmen suchen, daß sie die Verrichtung der Arbeit oder die Verhinderung derselben bei einzelnen oder mehreren Gewerbetreibenden verabreden und zu einer solchen Verabredung andere auffordern, sollen mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden. Diese Bestimmung ist auch anzuwenden auf Arbeiter, welche bei Berg- und Hüttenwerken, Landstraßen, Eisenbahnen, Festungsanlagen und anderen öffentlichen Anlagen beschäftigt sind.“

Mit Ausnahme der Eisenbahnunternehmungen wurde diese Bestimmung durch den § 6 der Gewerbeordnung vom Jahre 1869 aufgehoben. Da das Unternehmerum sich auf den Standpunkt stellte, daß Straßen- und Kleinbahnen als Eisenbahnunternehmungen zu betrachten seien und sie in ihren Anträgen durch das preussische Kleinbahngesetz vom Jahre 1862 noch gestärkt wurden, glaubten sie den Angestellten verbieten zu können, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Diese Auffassung wurde von den Angestellten nicht anerkannt, denn sie sagten sich mit Recht, diese Bestimmung kann für uns nicht in Betracht kommen, weil zur Zeit des Erlasses des Gesetzes noch keine Straßenbahnen im Betriebe waren. Trotz dieser Rechtsunsicherheit verbotem viele Unternehmer ihren Angestellten, sich einer gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen. Man ging sogar in einigen Fällen soweit, eine Erklärung von den Leuten zu verlangen, daß sie einer gewerkschaftlichen Organisation nicht angehören und auch während der Dienstzeit einer solchen nicht sein würden. Wo die Leute trotzdem den Mut zeigten und sich einer solchen Organisation anschlossen, Forderungen stellten usw., wurden sie rücksichtslos entlassen. Doch ein derartiges Vorgehen den Organisationsgedanken eindämmte, ist verständlich, zumal die meisten Straßenbahner sich aus Berufen rekrutieren, die überhaupt vom gewerkschaftlichen Leben wenig beeinflusst waren. Dazu kamen noch die schließlichen Dienstverordnungen mit ihren nachdrücklichen Anordnungen. Die Dienstverordnungen in den meisten Fällen sind in Sachen sozialen Verbesserungen verfallen. So heißt es u. a. in einer solchen Verordnung: „Wegen Verstoßens gegen die von uns übernommenen Dienstpflichten unterwerfe ich auch der

Zahlung einer Vertragsstrafe bis zu je 10 Mk. zur Unterstützungskasse, deren Höhe die Verwaltung nach ihrem Ermessen festlegen, bei der nächstfolgenden Gehaltszahlung einbehalten und an die Unterstützungskasse abliefern soll.“

Neben diesem kam noch eine zum Teil sehr schlechte Entlohnung und überlange Arbeitszeit. Es waren vor dem Kriege noch Betriebe vorhanden, die einen Anfangslohn von monatlich 80 Mk. zahlten und ebenso welche, wo noch bis zu 15 Stunden pro Tag gearbeitet wurde. Daß derartige Verhältnisse einen gewissen Groll aufweckten, ist verständlich.

Nun kam die Revolution; die Gesetzgebung hoberte jeden Arbeiter und Beamten das freie Koalitionsrecht, auch den Straßenbahnern. Es ist erklärlich, wenn für solcher Beruf der seit einem Weiteben vergewaltigt wurde, nun auch seine Fesseln abwirft. Lohnforderungen wurden aufgestellt, in einzelnen Fällen sogar über das Maß des Erträglichem hinaus, die Ablehnung der Direktoren verlangt. Meist spontan wie Pilze aus der Erde schossen die Straßenbahnerstreiks hervor. Bei einigen fanden die sozialistischen Strömungen einen guten Nährboden. Nun rächte sich meist dasjenige, was früher verschuldet war, die gewerkschaftliche Erziehungsarbeit vermehrt man bei diesen Leuten. Die jahrelang vorenthaltenen angemessenen Löhne wurden nun durch Gewalt erzwungen, oft in einer Höhe, die den Betrieb sofort zur Unrentabilität verurteilte oder dem Publikum unbillig hohe Lasten aufbürdete. Daß diese Verhältnisse nicht von Dauer sind, darüber besteht wohl volle Klarheit.

Geordnete, für beide Teile erträgliche Verhältnisse werden nur dann geschaffen werden können, wenn alle Beteiligten sich rücksichtslos auf den Boden stellen, der durch die Verhandlungen über die Arbeitsgemeinschaft und Tarifverträge geschaffen worden ist. Allerdings werden hier beide Teile Opfer zu bringen haben. Auf der einen Seite haben alle Versuche, die alten Zustände herzubekommen oder wieder einzuführen, zu unterbleiben; auf der anderen Seite muß der revolutionären Agitation, die in der politischen Umwälzung der letzten Zeit nichts anders wie eine großangelegte Lohnbewegung ist, mit aller Festigkeit entgegengetreten werden. Ruffische und wilde Streiks dürfen nicht stattfinden. Forderungen und Wünsche müssen sich auf dem Boden des Erreichbaren bewegen, damit nicht die Senne geschlachtet wird, die allen Beteiligten die goldenen Eier legen soll.

## Gegen den Organisationszwang.

Das Streben der christlichen Gewerkschaften war stets darauf gerichtet, die Arbeiterrechte und -Interessen in energischer Weise zu vertreten. In den zwanzig Jahren ihres Bestehens haben sie zahllose Kämpfe dierhalb führen müssen. Weger der Entschiedenheit ihres Eintretens für die Arbeiterrechte haben sie sich in steigendem Maße das Vertrauen weite Arbeiterschaften erworben. Seit den Novembertagen haben sie ihren Mitgliederbestand mehr als verdoppelt. Sie zählen heute rund 800 000 Mitglieder. Auch unser Verband hat an diesem Aufschwung erfreulichen Anteil. Mit doch die Mitgliederzahl auf über 12 000 angewachsen und diese Entwicklung hat noch dauernd an. Die ähnlichen Gewerkschaften haben von jeder ihren rein gewerkschaftlichen Charakter gewahrt; sie sind ihrem Wesen nach interkonfessionell und parteipolitisch neutral geblieben. Sie haben sich nicht in die Trüme einer bestimmten politischen Partei begeben, so, dem durch ihren Mitglieder voll Bewegungsfreiheit gelassen. So sind sie im besten Sinne des Wortes „neutrale“ Organisationen.



Andererseits steht es dagegen mit den sog. freien Gewerkschaften, die nach ihrem eigenen Geständnis sozialdemokratische Organisationen sind und sich offen als sozialdemokratische Gewerkschaften benennen. Der Wesensunterschied zwischen christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften liegt weniger auf wirtschaftlichem und politischem, als vielmehr auf kulturellem Gebiete. Hier klafft der größte Gegensatz, hier nennt beide eine Weltanschauung. Darin liegt auch der eigentliche Grund für die Entstehung der christlichen Gewerkschaften. Der Kampf, der gegen die christlichen Gewerkschaften seitens der sozialdemokratischen Verbände geführt wurde, war allmählich abgeklaut. Man hatte einsehen gelernt, daß sie damit doch nicht aus der Welt zu schaffen seien und daß es besser sei, sich zu verständigen und zu vertragen. Dem allgemeinen Arbeiterinteresse würde damit auch am besten gedient. Diese bessere Einsicht scheint aber seit den Revolutionstagen wieder verloren gegangen zu sein. Wie wir früher schon berichteten, sind an verschiedenen Orten unseren Mitgliedern seitens der sozialdemokratischen Verbände allerhand Schwierigkeiten bereitet worden. Durch Zwang oder List versucht man, sie für die sozialdemokratischen Verbände zu gewinnen. Die wir aus der christlichen Gewerkschaftspressen erleben, trifft das Gleiche auch für die zahlreichen anderen Verufe und Verbände zu. An einzelnen Orten haben die sozialdemokratischen Verbände einfach beschloffen, nur noch mit sozialdemokratisch Organisierten zusammenzuarbeiten und verlangten deshalb den Uebertritt Andersorganisierter in die sozialdemokratischen Verbände. Im anderen Falle drohen sie mit dem Streik. Anderwärts wieder weigert man sich, die christlichen Gewerkschaften in den Tarifverhandlungen zuzulassen, um sie dadurch zur Enttätigkeit zu verurteilen und fast zu stellen. In Augsburg verhängte man über die christlichen Gewerkschaftsblätter die Presszensur.

Heute weiß jeder Arbeiter, daß er sich zur Wahrnehmung seiner wirtschaftlichen und sozialen Interessen einer gewerkschaftlichen Organisation anschließen muß. Da es aber verschiedene Richtungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung gibt, muß es jedem Arbeiter freigestellt bleiben, welcher Richtung er sich anschließen will. Ein Zwang darf darin in keiner Weise ausgeübt werden. Kein vernünftiger Mensch wird es den einzelnen Verbänden und Richtungen verargen, wenn sie mit allen erlaubten Mitteln versuchen, ihre Mitgliederzahl zu vergrößern. Drohung und Zwang, wie sie heute vielfach von den sozialdemokratischen Gewerkschaften angewandt werden, gehören aber nicht zu den erlaubten Mitteln. Darin müssen wir gegen ein solches Gebahren den allerstärksten Protest erheben. Unsere Mitglieder und die ganze nichtsozialdemokratische Arbeiterschaft müssen sich dagegen aufs entschiedenste zur Wehr setzen. Denn dieses Vorgehen der sozialdemokratischen Verbände ist ein Dolch auf jede Demokratie und eine Bewußtseinsverwundung schlimmster Art. Es muß nicht abstoßender, als die gleichen Leute bisher an sich selbst genug tun konnten in der Verurteilung jener Arbeitgeberfreie, die den Arbeitern das Koalitionsrecht vorzuentziehen und sie über solche Vergewaltigung und Unterdrückung im höchsten Maße erkräfteten. Aufschreudend kommt es diesen Leuten gar nicht zum Bewußtsein, daß sie heute die Rolle dieser Schurkender übernommen haben, daß aber ihre Unterdrückungsabsichte unio verwerflicher sind, als sie sich gegen die einzelnen Arbeitsschleichen richten. Wir haben uns bisher gegen jede Unterdrückung aufs schärfste zur Wehr gesetzt, weil es nie von oben oder von unten ausübt wurde. Und auch überzeugt, daß diese Schurkenderen der sozialdemokratischen Gewerkschaften an dem schänden Zumindesten die Arbeiterschaft der deutschen Arbeiterschaft auf die gleiche Ebene herabgezogen werden wie die Schurkenderen der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Das wird denn auch liegen.

Unsere Kollegen aber wollen aus diesen Vorgängen die Lehren ziehen, nun erst recht einmütig und geschlossen zusammen zu stehen und mit allen Kräften für die Erhaltung des Verbandes Sorge zu tragen. Das ist die beste Abwehr gegen den sozialdemokratischen Organisationszwang.

### Organisationsarbeit.

Die Gewerkschaften haben gegenwärtig Hochkonjunktur. Sie sind fast überall im Entstehen, offen an sie herantretenden Anforderungen bezgl. Errichtung von Ortsgruppen, Abhaltung von Versammlungen, Führung von Lohnbewegungen und was sonst alles damit zusammenhängt, zu genügen. Die Gewerkschaftsfunktionäre vermögen oft trotz solcher übermenschlicher Anstrengungen nicht allen Wünschen gerecht zu werden. Wie ein gehobenes Wild sind sie fast ständig unterwegs. Heute hier, morgen dort, um die Interessen der Mitglieder und des Verbandes wahrzunehmen. Zudem ist das Reisen in heutiger Zeit in ungeheurer, überfüllten Eisenbahnzügen, und bei der Inappetenz, aber furchtbar teuren Wirtschaftslage, wohllich kein Vergnügen. Aber über diese Missetaten legt man sich leichter hinweg in dem herrschenden Gefühl: „Es geht vorwärts.“

Etwa 40 neue Ortsgruppen sind im letzten Halbjahre gegründet und rund 10 000 Mitglieder dem Verbände zugeführt worden. Aber damit dürfen wir uns nicht begnügen, es muß rascher weiter gearbeitet werden. Jede Ortsgruppe muß ihren Stolz darin setzen, unermüdet zu arbeiten bis auch der letzte Gemeindegewerkschafter oder Straßen- und Kleinbahner unserer Verbände angehört. Es muß eine genaue Statistik über die Zahl der in den einzelnen Ortsgruppen beschäftigten Personen geführt werden, muß man sich ferner genau darüber vergewissern, wie viele davon organisiert sind und welchem Verbände sie angehören. Wie in städtischen und ländlichen Kommunen und Provinzialbetrieben, beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sind dabei unsere Verbände zuzuführen. Dazu gehören: Gas, Wasser-, Elektrizitätswerke, Fabrikantenteile, Baumärkte, Friedhöfe und Gartenerweiterungen, Kronenanstalten, Kasernenlager, Fuhrpark und Straßenreinigung, Müllabfuhr und Verwertung, Schlachthöfe, Tierkörper-Verwertungsanstalten, Kanal-, Park- und Liebhauwerke, Lehensmittelhäuser mit deren Nebenbetrieben wie Kriegsküchen, Barackenanstalten usw., Ziegeleien, Straßenbahnen u. a. m. Die Gewinnung dieser Leute für den Verband ist heute keine besonders schwierige Sache. Schwieriger ist es, sie dauernd für die Organisation festzubalten. Das muß stets die besondere Sorge der Ortsgruppenvorstände sein.

Die verantwortliche Leitung der Ortsgruppen liegt in den Händen der Ortsgruppenvorstände, vor allem des Vorsitzenden, Kassierers und Schriftführers. Der Vorstand muß stets miteinander in enger Verbindung stehen. Monatlich muß mindestens eine Vorstandssitzung stattfinden, in denen über die Angelegenheiten der Ortsgruppe beraten wird. Ebenso muß monatlich wenigstens eine Mitgliederversammlung stattfinden, um den Mitgliedern Gelegenheit zur Belehrung und gegenseitiger Ansprache zu geben. Wenn irgend möglich, sollte in den Versammlungen ein Vortrag, wenn auch nur kurz, gehalten werden. Nicht lehrreich sind meist auch die Berichte der Ortsgruppenvorstandsmitglieder, der Gewerbevereinsmitglieder oder der Vertreter an sonstigen sozialen Institutionen. Daß der Vorstand mit dem zuständigen Bezirksleiter wie mit der Zentrale in enger Verbindung stehen muß, ist eigentlich selbstverständlich. Um die Mitglieder dauernd dem Verbände zu erhalten, gehört vor allem: pünktliche Einlassierung der Beiträge und Erfüllung der Kollegen mit gewerkschaftlichem Geist. Zur Beitragszahlung gehören opferwillige Kollegen als Vertrauensleute, die regelmäßig bei jeder Lohnzahlung die Beiträge einlassen und monatlich mindestens einmal mit dem Ortsgruppenkassierer darüber abrechnen. Jeder Vertrauensmann muß auch den Mitgliedern regelmäßig das Verbandsorgan besorgen und deren etwaigen Wünsche und Beschwerden aus dem Verbandsorgan dem Vorstand zur Kenntnis bringen. Die einmütige und zweckmäßige Form des Einlassens der Beiträge in die durch Vertrauensleute. Wo das nicht möglich ist, muß es durch Bezirksvertrauensleute geschehen. Tüchtige Vertrauensleute zu gewinnen, ist eine besonders wichtige Sache der Ortsgruppenvorstände.

Ein ruhiges Verbandsmanagement ist sich bald nicht damit begnügen, nur die Beiträge zu sammeln und abzugeben für den Verband zuzugewinnen. Er muß sich auch darum bemühen, ob in den übrigen Verufen noch etwas zu holen ist. Und damit nicht genug, er muß auch die Arbeit der einzelnen Gewerkschaften anzuregen. Wie es denn ein gewisses Maß, der sich über das ganze Reich erstreckt.



Jeder Kollege sollte es sich selbst zur Ehre anrechnen, seine Kräfte in den Dienst des Verbandes zu stellen. Besonders in der jetzigen Zeit ist oberschwellige Mitarbeit ein dringendes Bedürfnis. Das bietet uns auch die kommende Gelegenheit zur Entfaltung und Entwidlung aller geistigen Fähigkeiten und Eigenschaften. Wer ein stilles Mitarbeiter des Verbandes ist, nicht damit sich und seinem ganzen Stande und verhielt dem Worte zur Wahrheit:

**Bezeinte Kraft Großes schafft.**

## Ein Bezirks-Städtetarif in Sicht.

Wie die Straßenbahnen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet einen Bezirkstarif mit den Arbeiterorganisationen vereinbart haben, so wollen auch die übrigen Städte einen solchen Lohnstarif abschließen. In vier Tagen und zwar am 14. und 15. sowie am 21. und 22. März wurde darüber verhandelt und die schwierige Materie dem Abschluss nahe gebracht. Zwischen den Vertretern der Städte und den Vertretern der Arbeiterorganisationen wurde volle Übereinstimmung erzielt. Da jedoch eine große Zahl von Städten von sehr unterschiedlicher Größe und mit verschiedenartigen wirtschaftlichen Verhältnissen in Frage kommen, glauben die Städtevertreter das Erzielen der Vereinigungen vorerst einer Konferenz der benannten Städte unterbreiten zu müssen, um ihnen dadurch Gelegenheit zu geben, diese Stellung zu nehmen. Man hofft jedoch die Zustimmung der überwiegenden Mehrzahl der jetzt Studie zu dem Vertragsentwurf zu erlangen.

Wir können daher heute noch nicht den eigentlichen Vertrag veröffentlichten, sondern müssen uns auf eine kurze Besprechung des Ergebnisses der beidenseitigen Verhandlungen beschränken.

Die Regelung der Arbeitszeit der Arbeiter und der Lohnhöhe und der Urlaub wurde der Lohnstarif für die Gewerbetreibenden und Kleinrentner zur Grundlage genommen. Jedoch sollen die Löhne abweichend davon nicht nach der Leistung, sondern nach dem Dienstverhältnis gezahlt werden. Darunter fällt also der niedrigste Lohn einer Gruppe als Anfangs- und der höchste Lohn als Endlohn. Dieser wird nach 5 Dienstjahren erreicht. Jedes Jahr tritt eine Lohnzulage ein, die der Höchstlohn erreicht ist. Die darüber zurückbleibenden Dienstjahre sollen zur Hälfte angerechnet werden, jedoch nur die überwiegende Mehrzahl der städtischen Arbeiter sofort den Höchstlohn beziehen würde. Den vier Lohngruppen würde ein Stufenlohn für weibliche Arbeiter mit einfacher oder leichter Arbeit, angelehnt. Ebenso wurde eine Ortsklasse eingeführt. Besonders schwierig gestalteten sich die Verhandlungen über die Einführung von den Ausbaur der sogenannten Wohlfahrt für die Arbeiter in den Städten. Durch Zahlung der Wochenlohnentage, Gewährung von Urlaub, Beurlaubung im Krankheitsfall und Gewährung von Neben- und Sonderlohnemangewerben. Die Städtevertreter bezogen sich als unmöglich bei den gleichen Löhnen, wie sie die Industrie zähle, auch diese Löhne zu übernehmen. Sie erklärten sich zu den Wohlfahrtseinrichtungen bereit, sofern die Arbeiter selbst die erforderlichen Beiträge leisteten. Einen Teil hieron etwa ein Viertel würden die Städte beim übernehmen. Die Wohlfahrtseinrichtungen würden einen Aufwand von 15 Prozent des Nettolohnes erfordern. Nach eingehenden Beratungen, wobei die mit dem Deutschen Städteverband verwandten Mannschaften als Grundlagendienten, wurde alsdann festgesetzt: Zurzahlung von 8 Wochenlohnentagen, Fortzahlung des Lohnes bei Krankheit, je nach der Wirtschaftslage von 1 bis zu 2 Wochen unter 1/2 für den restlichen Lohnentag. Nach 10 Jahren ist auch der Sozialversicherung von 1/2 Lohnentag zu zahlen. Urlaub und Beurlaubung von 1/2 Lohnentag und dem Tag. Sonderlohnemangewerben, wobei für jedes Dienstjahr ein Prozent von 1/2 für den Monat gewährt wird. Dabei wird auf diese kleinen Voraussetzungen verwiesen und bei 1/2 Lohnentag auf der Höhe der Lohnentage die von dem Arbeiter einbezogenen Beiträge an den Städteverband. Die Städtevertreter erklärten sich zu den Wohlfahrtseinrichtungen bereit, die Städte dieser Art zu tragen. Die anderen Städte also gleichfalls 1/2 Lohnentag und 1/2 für den Monat.

## Aus unseren Gerichten.

Im Lokuttariff für das Handwerker und Arbeiterpersonal der Straßenbahnen im Eisenbahn-Direktionsbezirk Essen, den wir in Nr. 5 des Verbandsorgans zum Abdruck brachten, ist für ständige Streckenarbeiter von 18-20 Jahren ein Stundenlohn von 1,50 Mk. angegeben. Das ist ein Druckfehler, es muß nämlich heißen: 1,40 Mk. Wir bitten hieron getl. Kenntnis zu nehmen.

## Rundschau.

**Regelung eines freien Gewerkschaftsbeamten.** Der Deutsche Königsberg des freien Holzarbeiterverbandes beschloß mit 167 gegen 157 Stimmen die sofortige Kündigung des Lokalbeamten Stahl mit der Begründung, daß dieser entgegengelehrt der auf dem Boden des Statutes Parteiprogramms stehenden Arbeiter und entgegengelehrt dem Beschlusse des internationalen Kongresses in Stuttgart für die Freigewerkschaft der Arbeiter "bis heute nicht nachrückte". Das Korrespondenzblatt der General-Kommission bemerkt in der Nummer vom 22. Februar dazu: Dieser Beschluß genügt von selbstlicher Gewerkschaftsbeamter. Man fragt nicht, ob Stahl, der seit 30 Jahren ununterbrochen dem Verbande angehört, nach gewerkschaftlicher Verfehlung schuldig macht oder Nichtschuldig der Gewerkschaftskongress mitteilt. Es genügt, daß er als Sozialdemokrat die Politik der Landesverteidigung, für die man im Grenzland Estorenken besonderes Verständnis erwarten sollte, unterläßt hat. Das haben aber alle Vorstandskongresse während des Krieges und insbesondere aber auch die Zentralleitung des deutschen Holzarbeiterverbandes getan. Diese Übereinstimmung der Gewerkschaftsleitung sollte den Anderdenkenden Malak sein, die Reimungsdifferenzen an anderer Stelle auszugleichen als durch Kündung eines Lokalbeamten. Der erntet man immer, was man sät. Wenn ein Beamter bei den freien Gewerkschaften angestellt werden sollte, so ist es nicht immer mal nehmen, ob er ein wichtiger Gewerkschaftler war, sondern das Kartellbuch der Sozialdemokratischen Partei gab den Ausschlag. Man nennt unter den Tausendern Angehörigen der freien Gewerkschaften die Beamten, die nicht Mitglied der sozialdemokratischen Partei sind. Man nennt eine einen einzigen, der sich zu einer bürgerlichen Partei öffentlich bekennt. Man wird vergebens suchen. Was wenn früher und bis in die letzte Zeit auch in das sozialdemokratische Kartellbuch bei der Verteilung ausbreitend war, warum soll nicht jetzt auch der radikale Antrag verlangen, daß der Beamte unabhängiger Sozialist ist. Das Reichstagsmitglied über Stellung aufgehoben werden, das ist die Folge davon, wenn man die Parteipolitik in die Gewerkschaften bringt. Wer, wo den freien Gewerkschaften die politischen Ausrichtungen einmachen selbst zum Schaden gereichen, möchten sie die Verwaltungsmöglichkeiten an anderer Stelle zum Ausdruck gebracht werden. Das ist natürlich!

## Literarisches.

Die "Christlichen Gewerkschaften" besitzt sich eine Zeitschrift, die vom Gewerkschaftsrat des Eisenbahnverbandes der christlichen Gewerkschaften herausgegeben wird. Die Zeitschrift soll die Interessen der deutschen Gewerkschaftsbewegung, insbesondere der christlichen Gewerkschaften, fördern und unterstützen. Die Zeitschrift ist mit 25 Pfennig pro Heftung zu haben und wird durch die Ortsgruppen bei der Gewerkschaftsleitung, auch bei den Ortsgruppen, gemacht werden.

## Gedanktafel.

Gestiftet hat die Kollegen:  
**Johann Faller, Ortsgruppe Pasing;**  
**Max Kienfeuthaler, Ortsgruppe Passau.**  
 (Sprecher im Vorstand)